

Müller-Salo | Klima, Sprache und Moral

[Was bedeutet das alles?]

Johannes Müller-Salo

Klima, Sprache und Moral

Eine philosophische Kritik

Reclam

RECLAMS UNIVERSAL-BIBLIOTHEK Nr. 14040

2020 Philipp Reclam jun. Verlag GmbH,

Siemensstraße 32, 71254 Ditzingen

Gestaltung: Cornelia Feyll, Friedrich Forssman

Druck und Bindung: Kösel GmbH & Co. KG,

Am Buchweg 1, 87452 Altusried-Krugzell

Printed in Germany 2020

RECLAM, UNIVERSAL-BIBLIOTHEK und

RECLAMS UNIVERSAL-BIBLIOTHEK sind eingetragene Marken

der Philipp Reclam jun. GmbH & Co. KG, Stuttgart

ISBN 978-3-15-014040-6

Auch als E-Book erhältlich

www.reclam.de

Inhalt

1. Die normative Dimension der Klimadebatte 7
2. Von Schöpfern und Erben 25
3. Die von den Kindern geliehene Welt 41
4. »Zukunftsclau« und Gleichheitsnormen 47
5. Politik in Zeiten des Klimanotstands 65
6. Verantwortung und Wertschätzung 77

Anmerkungen 87

Literaturhinweise 90

Zum Autor und Danksagung 93

1. Die normative Dimension der Klimadebatte

Eine seltsame Wende

Im Jahr 2019 war das Klima in aller Munde. Die Eindämmung des Klimawandels und seiner Folgen galt vielen als die wichtigste politische Herausforderung unserer Zeit. In wöchentlichen Demonstrationen forderten vor allem die Schülerinnen und Schüler von *Fridays for Future* eine energisch verfolgte, international koordinierte Klimapolitik ein und verschafften ihrer Enttäuschung über ausbleibende klimaschutzpolitische Erfolge entschieden und mit Nachdruck Gehör. Zugleich blickten viele mit Unverständnis auf die Protestierenden, und manch einer fürchtete die Folgen einer echten klimapolitischen Wende für den persönlichen Lebensstil.

Rasch hatten Populisten das Thema für sich entdeckt. Unter Rückgriff auf wissenschaftlich unhaltbare Thesen, wonach der gegenwärtig beobachtbare Klimawandel überhaupt nicht oder nur zu geringen Teilen auf menschliches Handeln zurückzuführen sei, verspotteten sie die demonstrierenden Jugendlichen und wiesen klimaschutzpolitische Forderungen empört als Versuche der Bevormundung, der Meinungsmache, ja, als Versuche, eine ökologische Gesinnungsdiktatur einführen zu wollen, zurück.

Im Frühjahr 2020 zwang dann die Corona-Pandemie die Welt in den Shutdown und veränderte die politischen Prioritäten grundlegend. Zivilgesellschaftlicher Protest, so mussten Klimaaktivisten weltweit lernen, findet auch im digitalen Zeitalter nur dann breite Aufmerksamkeit, wenn er auf den Straßen und Plätzen physisch deutlich sicht- und hörbar ist.

Für ein paar Wochen schien es fast so zu sein, als hätten das Infektionsgeschehen, die politischen Reaktionen und vor

allem die Furcht vor den unabsehbaren sozioökonomischen Folgen des verordneten gesellschaftlichen Stillstandes den Klimadiskurs aus den öffentlichen und medialen Foren des Landes verdrängt. Hinzu kamen Meldungen, die den Gedanken nahelegen konnten, der Pandemie seien aus Sicht von Umwelt und Klima auch positive Seiten abzugewinnen: Man berichtete über den dramatischen Einbruch des klimaschädlichen Flugverkehrs, bessere Luftqualität in den großen industriellen Ballungszentren des Planeten, weniger stark verschmutzte Flüsse rund um den Globus – und das Wasser in der Lagune von Venedig war so glasklar wie nie zuvor.

Doch schnell kamen auch warnende Stimmen auf: Es könnte in den kommenden, für das globale Klima entscheidenden Jahren politisch noch sehr viel schwieriger werden, effektive Beschlüsse zu erzielen. Denn während in den vergangenen Jahren Klimapolitik auf Grundlage einer sich stabil entwickelnden Weltwirtschaft betrieben worden sei, sähen sich nun nicht wenige Regierungen weltweit mit der Bewältigung der schwersten Rezession seit Jahrzehnten konfrontiert, deren wirtschaftliche Folgen noch über lange Zeit ihre ganze Aufmerksamkeit allein in Anspruch nehmen würden.

Die großen klimapolitischen Herausforderungen sind, daran kann kein Zweifel bestehen, noch immer nicht gelöst. Das bedeutet auch: Wir werden als Gesellschaft weiter kontrovers diskutieren, wir werden uns weiter darüber streiten müssen, welcher Weg der richtige ist. Der gesellschaftliche Diskurs als Auseinandersetzung darüber, wie eine gute Klimapolitik aussehen könnte, ist nach wie vor unverzichtbar. Umso wichtiger ist es, die diesem breiten Diskurs durch das Corona-Virus teilweise verordnete Zwangspause sinnvoll zu nutzen und diesen Diskurs selbst einer kritischen Analyse zu unterziehen: Mit welchen Begriffen wird gearbeitet? Welche Vorstellungen und Bilder werden mit diesen Begriffen transportiert? Auf welche

Argumente und Argumentationsstrategien wird zurückgegriffen? Diesen Fragen widmet sich das vorliegende Buch aus philosophischer Perspektive.

Drei Teildebatten prägen den klimapolitischen Diskurs und verdienen daher besondere Aufmerksamkeit:

Erstens ist die Auseinandersetzung mit Positionen zu nennen, die die Existenz des menschengemachten Klimawandels verneinen. Wenngleich sie im US-amerikanischen Diskurs von ungleich größerem Einfluss sind als in Europa, bleibt die Auseinandersetzung mit »Klimaskeptikern« und »Klimaleugnern« auch hierzulande bedeutsam, und zwar sowohl in praktisch-politischer Hinsicht als auch grundsätzlich. Sie ist praktisch erforderlich, weil eine energische Klimaschutzpolitik nur dann gelingen kann, wenn große Teile der Gesellschaft von der Existenz und Schwere des Problems überzeugt und daher bereit sind, eine solche Politik zu unterstützen, mindestens aber sie zu akzeptieren.

Sie ist jedoch auch grundsätzlich von Bedeutung. Denn in der Debatte um wissenschaftliche Erkenntnisse zum Klimawandel verhandeln westliche Gesellschaften die Frage, welchen Einfluss die Resultate wissenschaftlicher Forschung auf demokratische Politik haben sollten, welcher Stellenwert wissenschaftlich gesicherten Fakten, im Gegensatz zu Bauchgefühl, Emotion und persönlichem Interesse, zukommen soll.

Nebenbei bemerkt: Schon die Begriffe »Klimaskeptiker« und »Klimaleugner« wären eine eigene Untersuchung wert. Denn natürlich handelt es sich bei den so Bezeichneten nicht um Personen, die die Existenz des Klimas anzweifeln oder leugnen, sondern um Klimawandelskzeptiker oder, noch genauer, um Personen, die bezweifeln, dass der Mensch der Verursacher dieses Klimawandels ist. Der politische Diskurs neigt permanent zur Ausbildung solch sprachlicher Eigenheiten.

Nicht selten kann diesen Eigenheiten erhebliche politische Bedeutung zukommen. So ist bemerkenswert, dass wir in der Regel beim Klima – wie auch bei Natur, Umwelt und Tieren – von »Klimaschutzpolitik« sprechen und somit in der Bezeichnung des Politikfeldes ein gesellschaftlicher Grundkonsens über dessen *Ziel* und *Ausrichtung* bereits zum Ausdruck kommt. In anderen Politikfeldern wäre eine entsprechende Wortwahl unvorstellbar, man denke nur an die Ersetzung von »Rentenpolitik« durch »Rentenerhöhungspolitik« oder »Rentenstabilisierungspolitik«.

Zweitens wird gegenwärtig diskutiert, welchen Stellenwert klimaschutzpolitische Ziele im Vergleich zu anderen politischen Zielen besitzen. Sollte die klimaschutzpolitische Agenda strikte Priorität genießen? Oder ist Klimaschutz ein politisches Ziel unter vielen? Gilt es etwa, zwischen den Anforderungen der Sozial-, der Wirtschafts- und der Klimaschutzpolitik eine angemessene Balance zu finden? Große Teile des deutschen wie des europäischen Klimadiskurses konzentrieren sich auf diese Frage.

Drittens schließlich wird darüber gestritten, wie Klimaschutz konkret gelingt und wie die angestrebten Ziele faktisch erreicht werden können. Welcher Sektor der Gesellschaft sollte welchen Beitrag leisten? Mit welchen politischen Steuerungselementen – mit Anreizen, mit Steuern, mit gesetzlichen Vorgaben – könnte Klimaschutz gelingen? Solche Fragen berühren die praktische Ausgestaltung der politischen Wende hin zu einer klimaneutralen und umweltschonenden Gesellschaftsstruktur.

Die Auseinandersetzung mit »Klimaskeptikern« betrifft die Ebene der Fakten. Die Debatten um den Stellenwert der Klimaschutzpolitik sowie um die Ausgestaltung effizienter Klimapolitik zielen auf die Ebene konkreter klimapolitischer Ziele und entsprechender Handlungsvorgaben ab. Um von den

Fakten zu konkreten Handlungszielen zu gelangen, bedarf es eines großen Schrittes. Über diesen Schritt wird verhältnismäßig wenig gesprochen – und zu diesem Schritt hat die Philosophie einiges zu sagen.

Fakten und Normen

Zu den zentralen Problemen der praktischen Philosophie gehört die Frage, wie man von einer Beschreibung von Tatsachen und Fakten zur Bestimmung von Wertungen und Normen gelangen kann. Dabei herrscht eine unter Philosophierenden verblüffend große Einigkeit darüber, dass ein direkter Schluss von den Fakten auf die Werte und Normen nicht möglich ist. Wer das tut, der denkt nicht klar, der begeht einen logischen und argumentativen Fehler.

In einem normativen Urteil wird immer sowohl auf Tatsachen als auch auf Normen zurückgegriffen, die unabhängig voneinander begründet werden müssen. Gleiches gilt für ein Werturteil. Auch dieses folgt nicht unmittelbar aus der Beschreibung einer Tatsache. Vielmehr müssen die der Wertung zugrunde gelegten Wertmaßstäbe eigenständig begründet werden. Das Tatsachenurteil: »Das ist eine aussterbende Pflanze« ist qualitativ etwas völlig anderes als das normative Urteil: »Diese aussterbende Pflanzenart muss geschützt werden« oder das (ästhetische) Werturteil: »Diese aussterbende Pflanzenart ist von besonderer Schönheit.«

Die Klimawissenschaften zeichnen ein überaus komplexes und facettenreiches, in seiner Kernbotschaft jedoch eindeutiges Bild der Lage: Vor allem durch die Verwendung fossiler Brennstoffe, aber auch durch andere Handlungen wie etwa das Brandrodern von Wäldern sorgt der Mensch dafür, dass die Konzentration von Treibhausgasen wie Kohlenstoffdioxid (CO_2)

und Methan (CH_4) in der Erdatmosphäre beständig steigt. Der für das Klima auf der Erde entscheidende natürliche Treibhaus- effekt wird dadurch massiv verstärkt, der Mensch somit zum Verursacher eines globalen Klimawandels mit weitreichenden Folgen.

Bereits jetzt liegt die Durchschnittstemperatur der erdnahen Atmosphäre etwas mehr als 1 °C höher im Vergleich zur Durchschnittstemperatur des vorindustriellen Zeitalters. Die erhöhte Treibhausgaskonzentration führt zur Versauerung der Ozeane mit gefährlichen Folgen für maritime Ökosysteme. Der Temperaturanstieg lässt Gletscher und Eisflächen schmelzen. Und das führt nicht nur zu einem Anstieg der Meeresspiegel, sondern zu einer weiteren Beschleunigung der Erwärmung.

Klimawissenschaftler prognostizieren eine Erwärmung von drei bis vier Grad bis zum Ende des Jahrhunderts, sollten nicht in kurzer Zeit effektive Maßnahmen zur völligen Umstellung der gesellschaftlichen Lebens- und Wirtschaftsweise mit dem Ziel der Klimaneutralität ergriffen werden. Sie warnen insbesondere davor, dass das Erdsystem schon bei einer Erwärmung um mehr als 1,5 °C gefährliche Kipppunkte (*tipping points*) erreichen könnte, an denen irreversible Entwicklungen in Gang gesetzt werden. Hieraus ergibt sich die klimapolitische Zielsetzung der Begrenzung der Erderwärmung auf deutlich unter 2 °C, wie sie etwa im Pariser Klimaschutzabkommen von 2015 festgelegt worden ist.

Die Corona-Pandemie hat der breiten Öffentlichkeit noch einmal in aller Deutlichkeit die Funktionsweise wissenschaftlicher Forschung vor Augen geführt: Zur Wissenschaft gehört der kontroverse Austausch über die Bewertung von Forschungsergebnissen ebenso wie die Entwicklung konkurrierender Modelle, Hypothesen und Theorien. Es gibt nicht »die« eine und immer eindeutige Wissenschaft, und es gibt – gerade Klima-

wissenschaftlerinnen und Klimawissenschaftler betonen das mit Nachdruck – stets drängende offene Fragen. Produktiver Dissens innerhalb der Wissenschaft verlangt Diskussionen, die neue Erkenntnisse hervorbringen. Berechtigte Hinweise auf Ungeklärtes können jedoch nicht verdecken, dass sowohl über die grundlegenden Erkenntnisse zum Klimawandel als auch über seine anthropogenen Ursachen und negativen Folgen ein weitreichender Expertenkonsens besteht.

Entsprechend lassen die Ergebnisse der klimawissenschaftlichen Forschung keine Zweifel daran, dass der Klimawandel für die verschiedenen Ökosysteme des Planeten wie auch für den Menschen eine große Gefahr darstellt. Wasserknappheit, wachsende Ernährungsunsicherheit, sprunghafter Anstieg der Klimamigration, Überflutungen infolge steigender Meeresspiegel, Zunahme von Dürren, Stürmen, Hitzewellen und anderen Extremwetterereignissen: Die Liste der zu erwartenden, extrem negativen Klimawandelfolgen ist lang.

Die Klimawissenschaften liefern somit ein differenziertes Bild der *Tatsachen*. Sie beschreiben, was ist und was mit hoher Wahrscheinlichkeit sein wird, wenn sich an der menschlichen Lebensweise nichts ändert. Von einer *Norm* oder einer *Wertung*, von einem: »Die Menschheit soll ...« kann in seriöser Klimawissenschaft keine Rede sein. Dies ist auch richtig so, da aus den Fakten zum Klimawandel keine Normen und Werte abgeleitet werden können, ohne einen Fehlschluss zu begehen.

Wie gelangt die Klimapolitik aber dann zu Normen und Werten, aus denen sie unter Rückgriff auf das von den Klimawissenschaften bereitgestellte Tatsachenwissen ihre konkreten Handlungsziele herleitet? In der philosophischen Klimaethik wird diese Frage intensiv diskutiert, in öffentlichen klimapolitischen Diskussionen hingegen wird sie kaum gestreift: Sie ist die große Leerstelle des gesellschaftlichen Klimadiskurses.

Der Befund mag verwundern: Handelt es sich bei der »Leerstelle« nicht vielmehr um eine Selbstverständlichkeit, die nur aufgrund ihrer Offensichtlichkeit nicht näher erörtert wird? Ist nicht allen klar, worum es geht, was auf dem Spiel steht? Wir müssen zukünftigen Generationen einen bewohnbaren Planeten hinterlassen, ihnen die Ressourcen sichern, die sie für ein gutes Leben auf Erden benötigen werden. Wir müssen die potenziell desaströsen Folgen des Klimawandels für das Gedeihen einer Vielfalt von Lebewesen auf der Erde abwenden. Wir müssen globale klimatische und ökologische Entwicklungen stoppen, die insbesondere viele der ohnehin schon ärmsten Länder der Welt vor weitere enorme Schwierigkeiten stellen und damit die sozialen Probleme der Menschheit deutlich verschärfen werden.

Diese kurze Aufzählung macht eines sofort deutlich: Es kann um sehr Verschiedenes gehen, um das Leben zukünftiger Menschen, um die Ressourcen Zukünftiger, um das *gute* Leben Zukünftiger, um das gegenwärtige Leben vieler Menschen im globalen Süden, um das Leben vieler nicht-menschlicher Lebewesen oder um den Erhalt der für den Menschen nützlichen Biodiversität, um nur einige Punkte zu nennen. Die verschiedenen Punkte bilden mehr als nur die Seiten einer Medaille. Denn die Antworten auf die zentralen Fragen der Klimapolitik – Wer ist für was verantwortlich? Wer muss welchen Beitrag leisten? Und warum? – hängen entscheidend davon ab, welcher der genannten Aspekte in den Vordergrund gestellt wird, welche konkreten Normen und Werte zugrunde gelegt werden. Oder anders formuliert: Die Rede von einer Leerstelle in der klimapolitischen Debatte ist so lange zutreffend, wie im öffentlichen Diskurs stillschweigend davon ausgegangen wird, dass eigentlich klar ist, warum genau und mit Blick auf wen der Klimawandel ein moralisches Problem ist.

Die dichten Begriffe des Klimadiskurses

Auch in der klimapolitischen Debatte gilt: Eine Forderung ist dann gut begründet, wenn sie auf einer überzeugenden Verbindung von Tatsachen über den Klimawandel mit plausiblen Normen und Werten beruht. Die nötigen empirischen Befunde liefern die Klimawissenschaften. Was aber ist mit den Normen und Werten?

Meine zentrale These lautet, dass die entscheidenden Normen und Werte in der öffentlichen Debatte um Klimapolitik selten deutlich expliziert und präzise formuliert werden. Sie sind im Diskurs vielmehr in Gestalt komplexer Begriffe und damit in impliziter Form präsent.

Nicht selten handelt es sich bei diesen Begriffen um *dichte Begriffe*. Die Philosophie versteht unter einem dichten Begriff einen Begriff, in dem bewertende (evaluative) und beschreibende (deskriptive) Komponenten aufs engste miteinander verknüpft sind. In dichten Begriffen werden Sachverhalte zugleich erfasst und beurteilt. Oftmals sind dichte Begriffe nicht einfach zu durchschauen, da der Übergang von der Beschreibung zur Bewertung kaum einzugrenzen ist. Auch wird bei erkennbar evaluativen Verwendungen dichter Begriffe oftmals die Grundlage des wertenden Urteils gar nicht herausgestellt oder erläutert. Der Hörer denkt sich seinen Teil dazu, der konkrete Maßstab der Bewertung bleibt unausgesprochen.

Ein prominentes Beispiel für einen dichten Begriff ist der Begriff der Natur. Als »natürlich« können in beschreibender, deskriptiver Absicht Prozesse bezeichnet werden, die etwa nach den Gesetzmäßigkeiten der Physik oder Biologie ablaufen und entsprechend wissenschaftlich analysiert werden können. Oftmals wird »natürlich« jedoch in einem evaluativen Sinne verwendet und mit in solchen Kontexten zumeist negativ konnotierten (und dann ebenfalls in wertender Absicht verwendeten)